

Taten statt Sonntagsreden gefragt

Casino Das Postulat der Vaterländischen Union (VU) mit den wichtigsten Fragen rund um die Casino-Landschaft Liechtenstein wurde mit 22 Ja-Stimmen an die Regierung überwiesen – diese will es bis im Oktober beantworten.

Susanne Quaderer
squaderer@medienhaus.li

Die Vaterländische Union (VU) hat Ende April ein Postulat rund um die gängigsten Fragen zur Casino-Landschaft-Liechtenstein eingereicht. Es befasst sich mit der Möglichkeit eines Bewilligungsmoratoriums für künftige Spielbanken, einer Zweckbindung der Geldspieleinnahmen, dem Austausch von Sperrlisten wie auch mit der Zonenkonformität von Casinos im Allgemeinen. Gestern Nachmittag diskutierten die Landtagsabgeordneten in der Juni-Session über die Überweisung des Fragenkatalogs an die Regierung. Günter Vogt von der VU stellte das Postulat vor und erklärte: «Es trifft den Zahn der Zeit.» Das Ergebnis der anschließenden Diskussion war, dass lediglich drei Abgeordnete – Herbert Elkuch und Erich Hasler von der Neuen Fraktion (NF) sowie Harry Quaderer von den Unabhängigen (DU) – der Überweisung nicht zustimmten. Somit ist nun das Ministerium des Regierungschef-Stellvertreters Daniel Risch am Zug. Er erklärte, dass man sich beeile, eine Postulatsbeantwortung bis September aber eher schwierig werden würde.

Zweckbindung stört Abgeordnete

Die Diskussion zog sich nicht in die Länge. Die Sinnhaftigkeit des Postulats wurde von fast keinem der Abgeordneten in Frage gestellt. Einige Punkte wurden dennoch bemängelt. So störte sich beispielsweise Thomas Lageder, Abgeordneter der Freien Liste (FL), an der Zweckbindung der Einnahmen. «Der Staat soll selbst entscheiden, wohin das Geld fließt», sagte er. Ausserdem er-



Günter Vogt (VU) erklärte: «Das Postulat trifft den Zahn der Zeit.»

Bild: Daniel Schwendener

klärte er, habe es in Liechtenstein im übertragenden Sinn zu viele Nährstoffe im Boden, sodass Spielbanken wie Pilze aus dem Bodenschüssen könnten. Damit sprach er unter anderem die Geldspielabgaben an den Staat an, die seiner Meinung nach mindestens bei 60 Prozent oder höher liegen müssten. So führte Lageder erneut aus, dass der Reingewinn eines Liechtensteiner Casinos nach seinen Berechnungen bei 30 Millionen Franken gelegen hätte. Das sei ein Drittel des Jahresgewinnes der Liechtensteinischen Landesbank (LLB) – ein international tätiges Unternehmen mit 1200 Mitarbeitenden. «Hier kann doch

etwas nicht stimmen», schlussfolgerte Lageder.

Wendelin Lampert von der Fortschrittlichen Bürgerpartei (FBP) bemängelte ebenfalls die Zweckbindung, und wunderte sich darüber, dass ein Bewilligungsmoratorium ohne Gesetzesänderung vonstatten gehen könne. Zudem erinnerte er die Abgeordneten an die Abstimmung vom Jahr 2016, bei der die Abänderung des Geldspielgesetzes hin zu einem Bewilligungssystem beschlossen wurde. «Wir könnten heute ein schönes Casino mit Hotel haben», erklärte Lampert. Nun würden die demokratischen Taten ihre Auswirkungen

zeigen. Gegensätzlich dazu äusserte sich Harry Quaderer (DU), der erklärte: «Hätten wir das Gesetz damals nicht angepasst, hätten wir immer noch kein einziges Casino.» Der DU-Abgeordnete fragte sich zudem, ob der Staat denn wirklich auf 20 bis 30 Millionen Franken verzichten wolle. Er habe genug von diesen moralisierenden Reden, gerade im Bezug auf die Spielsucht. Sonst müsste auch über andere Süchte gesprochen werden: «Alkohol ist nicht gesund. Autofahren ist nicht gesund. Und auch das Sitzen in diesem Haus ist nicht immer gesund», erklärte er, wobei er Zuspruch vom Landtagspräsidenten

Albert Frick bekam. Bei Quaderer hätten sich nicht einmal zwei Personen gemeldet, die sich unzufrieden über die Casino-Situation gezeigt hätten.

Casinos gehören laut Daniel Risch in Gewerbezone

Günter Vogt von der VU verteidigte im Anschluss das Postulat. Eine Zweckbindung sei keineswegs systemfremd. Dies hätte die Abstimmung zur CO₂-Abgabe gezeigt. Ein Teil davon wird von den **AHV-IV-FAK-Anstalten** an die Unternehmen zurückverteilt. Zudem führe eine Steuererhöhung dazu, dass die Verlässlichkeit Liechtensteins darunter leide. Im Bezug auf das Bewilligungsmoratorium erklärte er, dass die VU auch offen für andere Vorschläge sei.

Regierungschef-Stellvertreter Daniel Risch ging ebenfalls auf die Fragen ein. Er erklärte, dass das Moratorium aufgrund des Legalitätsprinzips eine gesetzliche Grundlage benötigt, die heute so im Gesetz noch nicht verankert ist. Zum Punkt der Zonenkonformität sagte er, dass es keine explizierten Casinozonen gebe, sondern die Spielbanken ein Gewerbe darstellen, weswegen die Gewerbezone seiner Ansicht nach die richtige Zone für ein Casino sei. Risch sieht auch für Liechtenstein keinen Reputationsschaden durch die einstellige Anzahl an Casinos: «Hier spielt viel eher die Führung eine Rolle.» Liechtenstein sei bei weitem nicht das erste Land gewesen, das Spielbanken zugelassen hätte, sondern eher eines der letzten.

In der Frage der Casino-Landschaft-Liechtenstein sollen nun Taten statt die Sonntagsreden folgen, dahingehend waren sich fast alle Abgeordneten einig.